

KAS stellt Empfehlungen für Presseräte vor

Arbeitsgruppe für Südosteuropa formuliert Standards

Das Medienprogramm Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung hat gemeinsam mit der auf Medienrecht spezialisierten "Artikel-10-EMRK"-Arbeitsgruppe Empfehlungen für Presseräte vorgestellt. Die Hinweise wurden in einer internationalen Fachtagung in Serbien erarbeitet. Ein ausführlicher Bericht dazu erscheint heute in der renommierten Fachzeitschrift „Südosteuropa Mitteilungen“.

Experten aus Südosteuropa, den Niederlanden und Deutschland haben die Richtlinien für eine erfolgreiche Arbeit von Medienräten formuliert. Die Hinweise sind allgemein ausgerichtet, aber vor allem als Handreichung für die journalistische Selbstregulierung in Transformationsländern gedacht. Sie entstanden in der Folge einer Fachtagung des KAS-Medienprogramms im Oktober 2013 in Belgrad.

Die Empfehlungen beziehen sich auf die Zusammensetzung der Presseräte und ihrer Gremien, auf die Finanzierung und die Transparenz der Arbeit. Zudem werden ethische Standards und die Öffentlichkeitsarbeit der Medienräte erwähnt.

Zu der Fachtagung in Belgrad, auf der die Empfehlungen erarbeitet wurden, ist ab heute ein ausführlicher Tagungsbericht auf der Webseite des KAS-Medienprogramms Südosteuropa und auf presserecht.de verfügbar. Der Beitrag erscheint in gedruckter Form in der neuen Ausgabe der „Südosteuropa Mitteilungen“, die ebenfalls heute erscheint.

Das Medienprogramm Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung fördert Qualitätsjournalismus und gute Rahmenbedingungen für freie Medien in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Moldau, Rumänien und Serbien. Es hat seinen Sitz in Sofia.

Die "Artikel-10-EMRK"-Arbeitsgruppe vereint Medienrechtsexperten und NGO-Vertreter aus zahlreichen Ländern Mittel- und Osteuropas. Sie wurde von Prof. Dr. Johannes Weberling, Leiter des Studienschwerpunkts Medienrecht an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), ins Leben gerufen. Die Arbeitsgruppe ist nach dem Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention benannt, der sich auf die Freiheit der Meinungsäußerung bezieht.

Die Empfehlungen für Presseräte und der Tagungsbericht sind verfügbar unter: <https://www.kas.de/medien-europa/de/publications/37165>